

Bäuerlich - ökologisch - nachhaltig

Der europäischen Landwirtschaft schon jetzt eine Zukunft geben

Vorschläge zur Halbzeitbewertung und zur Neugestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP)

von

Maria Heubuch (MdEP), Brüssel

Friedrich Ostendorff (MdB), Berlin

Norwich Rüße (MdL), Düsseldorf

Bernd Voss (MdL), Kiel

Martin Hahn (MdL), Stuttgart

15. März 2016

Die Lage der Landwirtschaft ist dramatisch. Verheerende Preise und eine drückende Überproduktion bedrohen die Zukunftsaussichten des ganzen Sektors. Im vergangenen Jahr sind die landwirtschaftlichen Einkommen um 36 Prozent gesunken. Die Folge ist ein Strukturwandel von bisher unbekanntem Ausmaß. Allein im letzten Jahr haben 4,2 Prozent der Schweine- und Milchviehhalter aufgeben. In diesem Jahr sind noch höhere Aufgaberaten zu befürchten. Neben den wirtschaftlichen Verlusten sind damit aber auch kulturelle Verluste verbunden, die in ihrer Konsequenz weit über die aktuelle Wirtschaftskrise hinausreichen. Wir stehen vor einem Strukturbruch. Die bäuerliche Landwirtschaft steht vor dem Aus.

Gleichermaßen ist das agroindustrielle Modell weiterhin auf dem Vormarsch. Überproduktion für den Weltmarkt bedeutet Konzentration der Tierhaltung in immer größeren Beständen und Ställen, aber dafür auf immer weniger Höfen. Auch Grundwasserbelastung und Gülleexporte aus den Massentierhaltungsregionen in Agrarwüsten, die fast ohne Menschen bewirtschaftet werden, sind die Konsequenzen. Diese Situation ist das Ergebnis der Einflussnahme der Agrarindustrie und der bisherigen verfehlten Agrarpolitik.

Als grüne PolitikerInnen stellen wir uns dagegen an die Seite der Bäuerinnen und Bauern. Die industrielle Landwirtschaft holt den maximalen Ertrag aus Boden und Tieren. Bäuerliche Landwirtschaft versucht mit der Natur zu wirtschaften, statt gegen sie. Sie dient auch dem Schutz und der Entwicklung der Umwelt, der Pflege unserer Kulturlandschaften und einer vielfältigen Wertschöpfung im ländlichen Raum. Dabei geht es um die Weitervermittlung von Wissen über den Standort und die Region an die nächste Generation.

Dieses wichtige Ziel und diese herausfordernde Aufgabe müssen endlich im Zentrum europäischer Agrarpolitik stehen. Bürger und Bürgerinnen erwarten, diese gesellschaftlichen Ziele zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern im Rahmen der GAP umzusetzen. Es muss Schluss sein mit der auf billige Exporte ausgerichteten Überproduktion. Wir brauchen stattdessen Qualität, faire Märkte und Preise, die ökologisch, sozial und ökonomisch die Wahrheit sagen.

Die Europäische Agrarpolitik

Mit der Einigung über die Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) in Brüssel am 26. Juni 2013 wurden wichtige Grundzüge der Agrarpolitik für die Jahre 2014 bis 2020 gelegt und eine lange öffentliche Debatte über die Neuausrichtung der GAP vorerst abgeschlossen.

Dabei wurde den Mitgliedstaaten ermöglicht, die Agrarpolitik grüner, gerechter und nachhaltiger zu machen. **Grüner** im Sinne einer Honorierung von Umweltleistungen, **gerechter** im Sinne einer besseren Förderung kleiner und mittlerer Betriebe und einer vielfältigen Landwirtschaft und **nachhaltiger** bezogen auf die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Erhaltung der Artenvielfalt und die Förderung tiergerechter Haltungssysteme.

Allerdings hat die Bundesregierung diese Möglichkeiten nicht genutzt. Stattdessen bedient sie mit den bereitgestellten Geldern die Interessen der Agrar- und Ernährungsindustrie nach billigen Rohstoffen. Das Fehlen einer Kappung wirkt wie eine staatliche Renditeabsicherung und befeuert außerlandwirtschaftliche Investoren, die Tausende Hektar Land zusammenkaufen. Die europäische Agrarpolitik muss sich am Prinzip „öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen“ orientieren. Das agrarindustrielle Modell erbringt diese Leistungen nicht. Dem Artenschwund in der Natur folgt so der Verlust an Bäuerinnen und Bauern und deren Wissen und Können. Eine europäische Agrarpolitik, die nicht zum Erhalt einer bäuerlichen und nachhaltigen Landwirtschaft beiträgt, ist nicht zukunftsfähig.

Stattdessen geraten immer mehr landwirtschaftliche Betriebe in den Strudel der übervollen Märkte. Agrarpolitik ist aber auch Marktpolitik. Die dramatische Situation auf den Agrarmärkten hat maßgeblich auch die Bundesregierung zu verantworten. Eine Politik, die Agrarmärkte zerstört und anschließend gegen zerstörte Märkte „ansubventioniert“, ist nicht nachhaltig. Deshalb muss europäische Agrarpolitik auch marktpolitische Maßnahmen und Instrumente umfassen.

Als grüne AgrarpolitikerInnen fordern wir eine konsequente Kehrtwende in der Ausrichtung der Agrarpolitik. Hierzu sind die Möglichkeiten der GAP vollständig auszuschöpfen. Jetzt gilt es eine Korrektur der Fehlentscheidungen aus der Umsetzung der Agrarreform von 2013 einzuleiten. Es müssen die Spielräume konsequent genutzt werden, um bei der Reform 2020 grundsätzlich umzusteuern.

Unsere Forderungen

1. Volle Umschichtung von Direktzahlungsgeldern aus der 1. Säule in qualitativ anspruchsvolle landwirtschaftsbezogene Förderangebote in der 2. Säule. D.h. die Umschichtung von heute 4,5 % auf die möglichen 15 % im Jahr 2018 anzuheben. Dadurch können die Bundesländer Angebote voranbringen, die Umweltmaßnahmen verbessern und wichtige Zukunftsinvestitionen in die bäuerliche Landwirtschaft möglich machen. Die Mittel der 2. Säule sollen zielgerichtet und agrarbezogen eingesetzt werden, so dass öffentliche Leistungen der Bauern und Bäuerinnen für Tier-, Umwelt- und Naturschutz sowie regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden.
2. Volle Umschichtung der Mittel auf die jeweils ersten Hektare je Betrieb. Die Umschichtung würde dadurch von heute 7 % auf die möglichen 30 % angehoben. Andere Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich, sind hier bereits viel weiter. Die ungerechte Verteilung von 80 Prozent der Direktzahlungen an nur 20 Prozent der Betriebe muss beendet werden. Daher wollen wir auch erneut die Einführung einer Kappung prüfen.
3. Effektivere Gestaltung und Weiterentwicklung des Greenings. Es muss einfacher umsetzbar sein und mehr zum Erhalt von Umwelt, Klima und Artenvielfalt in den Agrarlandschaften beitragen. Die Anforderungen an ökologische Vorrangflächen müssen im Sinne eines aktiven Naturschutzes verbessert werden, unter anderem durch Anwendungsverbote von Pflanzenschutz- und Düngemitteln auf diesen Flächen.
4. Entwicklung von wirksamen marktpolitischen Maßnahmen und Absicherungsinstrumenten bei Marktkrisen. Mengenreduktionen müssen zügig EU-weit eingeführt werden. Kurzfristig sind die Mittel der Krisenreserve der ersten Säule für ein einzelbetriebliches Milchreduktionsprogramm einzusetzen. Es bedarf zusätzlich der Weiterentwicklung von Instrumenten der Marktbeobachtung. Bei Märkten wie Schweinefleisch kann eine Marktanpassung und Erholung der Preise über längst fällige Anpassungen der Tierwohlansprüche erfolgen. 10 % mehr Platz für das Schwein bedeuten 10 % weniger Erzeugung.

Diese vier zentralen Punkte sind noch im Jahr 2016 auf den Weg zu bringen. Dazu fordern wir die Bundesregierung und die sie tragenden Bundestagsfraktionen auf. Die Weiterentwicklung der GAP für 2020/27 muss sich konsequent an dem Grundsatz „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen“ orientieren. Das gilt unabhängig von der Struktur und dem Umfang der zukünftigen GAP. Die zukünftige Agrarförderung muss bäuerlich - ökologisch - und sozial sein, um der europäischen Landwirtschaft eine Zukunft zu geben!



Maria Heubuch, MdEP
Mitglied des Europäischen Parlaments
Mitglied im Entwicklungsausschuss
Stellvertretendes Mitglied im
Agrarausschuss
Fraktion Die Grünen/EFA
im Europäischen Parlament
Rue Wiertz 60 – ASP 4F366
B-1047 Brüssel
Tel: +32 2 284 5335
maria.heubuch@ep-europa.eu
www.maria-heubuch.de



Norwich Rüße, MdL
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Naturschutz
und Landwirtschaft
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211-884 4497
Fax: 0211-884 3543

norwich.ruesse@landtag.nrw.de
www.gruene-fraktion-nrw.de



Friedrich Ostendorff, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages
stellvertretender Vorsitzender des
Ausschusses für Ernährung
und Landwirtschaft
Sprecher für Agrarpolitik
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel. 030-227 77051
Fax 030-227 76049

friedrich.ostendorff@bundestag.de
www.f-ostendorff.de



Bernd Voß, MdL
Mitglied des Landtags von Schleswig-
Holstein
Mitglied im Umwelt- und Agrar-
ausschuss sowie im Europaausschuss
stv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss
Sprecher für Europa, Verbraucher und
Landwirtschaft
Bündnis 90 / Die Grünen
im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel: 0431 / 988 - 1515
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0049 1739135092
bernd.voss@gruene.ltsh.de
www.bernd-voss.info



Martin Hahn, MdL
Mitglied des Landtags von
Baden-Württemberg
Agrarpolitischer Sprecher
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Tel: 0711 2063-615
Fax: 0711 2063-14615
martin.hahn@gruene.landtag-bw.de
www.martin-hahn-mdl.de

